Deutscher Bundestag **Drucksache 19/14163**

19. Wahlperiode 17.10.2019

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Tourismus (20. Ausschuss)

a) zu dem Antrag der Fraktionen CDU/CSU und SPD
– Drucksache 19/11088 –

Mit nationaler Tourismusstrategie den Standort Deutschland weiter stärken

b) zu dem Antrag der Abgeordneten Markus Tressel, Stefan Schmidt, Matthias Gastel, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 19/11152 –

Nationale Tourismusstrategie fair, sozial, ökologisch und klimafreundlich gestalten

A. Problem

Zu Buchstabe a

Die Fraktionen der CDU/CSU und SPD setzen sich in ihrem Antrag für eine nationale Tourismusstrategie ein, in deren Rahmen die Chancen des Tourismus noch besser ausgeschöpft und die positiven Effekte gestärkt werden. Die Antragsteller betonen die große wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung der Tourismusbranche, die in Deutschland fast drei Millionen Beschäftigte habe, was einem Anteil von 6,8 Prozent aller Arbeitsplätz entspreche. Die Konsumausgaben in- und ausländischer Gäste in Deutschland betragen pro Jahr rund 290 Milliarden Euro. Vor allem für ländliche Räume sei der Tourismus häufig ein Motor der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, der erhebliche zusätzliche Kaufkraft in Dörfer und Gemeinden bringe und zur Sicherung der kommunalen und regionalen Infrastruktur beitragen könne.

Die Antragsteller fordern die Bundesregierung auf, tourismusrelevante Vorhaben auf Bundesebene und in Abstimmung mit den Ländern noch besser zu koordinieren. Darüber hinaus solle die Bundesförderung der Deutschen Zentrale für Tourismus (DZT) auf dem aktuellen Niveau verstetigt werden. Ferner fordern sie eine intensive Informationspolitik über tourismusrelevante öffentliche Förderinstrumente sowie die Vereinfachung von Förderverfahren und den Abbau bürokratischer Belastungen. Weitere Vorschläge der Fraktionen zielen auf die Berufe in der Tourismusbranche, um Jugendliche verstärkt für dieses Berufsfeld zu interessieren sowie auf die Unterstützung der Nachhaltigkeit und den Ausbau der Barrierefreiheit im Tourismus.

Zu Buchstabe b

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN plädiert in ihrem Antrag für eine fair, sozial, ökologisch und klimafreundlich gestaltete nationale Tourismusstrategie. Die Antragsteller kritisieren, dass sich die Eckpunkte der Bundesregierung insbesondere auf den Tourismus als Wirtschaftsfaktor konzentrieren. Vielmehr sollten in einer nationalen Tourismusstrategie Lösungen für eine ressourcenschonende Unterbringung und vor allem für klimafreundliches Reisen gefunden werden. Der Zugang zu Fördermitteln sei zu kompliziert, so dass bestehende Förderpotentiale nicht ausgeschöpft werden. Darüber hinaus müsse auch ein Fokus auf Barrierefreiheit gelegt werden. Die Rahmenbedingungen der nationalen Tourismusstrategie sollen auch die Sicht der kleinen und mittleren Betriebe berücksichtigen, beispielsweise durch den Ausbau der digitalen Infrastruktur im ländlichen Raum.

Die Antragsteller fordern daher die Bundesregierung auf, einen klima- und umweltfreundlichen Tourismus zu unterstützen. Darüber hinaus werden die Förderung einer nachhaltigen touristischen Mobilität im Sinne der Klimaziele, die Erreichbarkeit aller Regionen sowie die Verbesserung einer vom PKW unabhängigen Mobilität in den Destinationen gefordert. Ferner wird dafür plädiert, die Wettbewerbsfähigkeit der kleinen und mittelständischen Betriebe zu sichern, dem Arbeits- und Fachkräftemangel entgegenzuwirken, den Zugang zu Fördermitteln zu vereinfachen, die Digitalisierung voranzutreiben, den Verbraucherschutz zu stärken und die Barrierefreiheit im Tourismus zu fördern.

B. Lösung

Zu Buchstabe a

Annahme des Antrags auf Drucksache 19/11088 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen AfD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Zu Buchstabe b

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/11152 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

a) den Antrag auf Drucksache 19/11088 anzunehmen;

b) den Antrag auf Drucksache 19/11152 abzulehnen.

Berlin, den 25. September 2019

Der Ausschuss für Tourismus

Sebastian Münzenmaier
Vorsitzender und Berichterstatter

Paul Lehrieder
Berichterstatter

Gabriele Hiller-Ohm
Berichterstatterin

Dr. Marcel Klinge
Berichterstatter

Sabine Zimmermann (Zwickau)
Berichterstatterin

Markus Tressel
Berichterstatter

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Bericht der Abgeordneten Paul Lehrieder, Gabriele Hiller-Ohm, Dr. Marcel Klinge, Sabine Zimmermann (Zwickau), Sebastian Münzenmaier und Markus Tressel

I. Überweisung

Zu Buchstabe a

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/11088** in seiner 107. Sitzung am 27. Juni 2019 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Ausschuss für Tourismus, zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss, den Ausschuss für Inneres und Heimat, den Sportausschuss, den Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz, den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Energie, den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Gesundheit, den Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union, den Ausschuss für Kultur und Medien, den Ausschuss Digitale Agenda und den Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen überwiesen.

Zu Buchstabe b

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/11152** in seiner 107. Sitzung am 27. Juni 2019 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Ausschuss für Tourismus, zur Mitberatung an den Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Wirtschaft und Energie, den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, den Ausschuss für Kultur und Medien und den Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Buchstabe a

Die Fraktionen der CDU/CSU und SPD betonen die wirtschaftliche Bedeutung des Tourismus und setzen sich in ihrem Antrag für eine nationale Tourismusstrategie ein, in deren Rahmen die Chancen des Tourismus noch besser ausgeschöpft und die positiven Effekte gestärkt werden. Gefordert werden unter anderem eine bessere Koordinierung tourismusrelevanter Vorhaben auf Bundesebene und in Abstimmung mit den Ländern, eine bessere Informationspolitik über tourismusrelevante öffentliche Förderinstrumente, deren Vereinfachung und Entbürokratisierung sowie die Unterstützung der Nachhaltigkeit und den Ausbau der Barrierefreiheit im Tourismus.

Zu Buchstabe b

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert in ihrem Antrag die Unterstützung eines klima- und umweltfreundlichen Tourismus, die Förderung einer nachhaltigen touristischen Mobilität im Sinne der Klimaziele, die Erreichbarkeit aller Regionen – auch ohne PKW, die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der kleinen und mittelständischen Betriebe, ein Entgegenwirken im Hinblick auf den Arbeits- und Fachkräftemangel, den vereinfachten Zugang zu Fördermitteln und die Stärkung des Verbraucherschutzes und der Barrierefreiheit im Tourismus.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Auswärtige Ausschuss** hat in seiner 38. Sitzung am 25. September 2019 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen AfD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Der **Ausschuss für Inneres und Heimat** hat in seiner 65. Sitzung am 25. September 2019 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen AfD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Sportausschuss** hat in seiner 32. Sitzung am 25. September 2019 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz** hat in seiner 59. Sitzung am 25. September 2019 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen AfD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Finanzausschuss** hat in seiner 51. Sitzung am 25. September 2019 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen AfD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner 41. Sitzung am 25. September 2019 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen AfD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** hat in seiner 45. Sitzung am 25. September 2019 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen AfD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft** hat in seiner 34. Sitzung am 25. September 2019 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen AfD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat in seiner 53. Sitzung am 25. September 2019 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen AfD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat in seiner 36. Sitzung am 25. September 2019 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen AfD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat in seiner 58. Sitzung am 25. September 2019 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen AfD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur** hat in seiner 49. Sitzung am 25. September 2019 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen AfD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit** hat in seiner 47. Sitzung am 25. September 2019 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat in seiner 31. Sitzung am 25. September 2019 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen AfD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat in seiner 37. Sitzung am 25. September 2019 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen AfD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat in seiner 40. Sitzung am 25. September 2019 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen AfD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat in seiner 32. Sitzung am 25. September 2019 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen AfD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Digitale Agenda** hat in seiner 37. Sitzung am 25. September 2019 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen AfD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen** hat in seiner 29. Sitzung am 25. September 2019 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen AfD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Zu Buchstabe b

Der **Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz** hat in seiner 59. Sitzung am 25. September 2019 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** hat in seiner 45. Sitzung am 25. September 2019 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft** hat in seiner 34. Sitzung am 25. September 2019 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat in seiner 53. Sitzung am 25. September 2019 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur** hat in seiner 49. Sitzung am 25. September 2019 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit** hat in seiner 47. Sitzung am 25. September 2019 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat in seiner 32. Sitzung am 25. September 2019 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen** hat in seiner 29. Sitzung am 25. September 2019 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Tourismus** hat die Anträge auf den **Drucksachen 19/11088** und **19/11152** in seiner 30. Sitzung am 25. September 2019 abschließend beraten. Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag auf **Drucksache 19/11088** mit den Stimmen der Fraktionen der CSU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen AfD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag auf **Drucksache 19/11152** mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Die Fraktion der CDU/CSU führte aus, dass der Antrag die große wirtschaftliche Bedeutung des Tourismus in Deutschland herausstelle. In dieser Branche gebe es fast drei Millionen Beschäftigte, dies entspreche einem Anteil

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

von 6,8 Prozent der Arbeitsplätze in Deutschland. Vor allem für ländliche Räume sei der Tourismus ein Motor für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung und auch zur Herstellung vergleichbarer Lebensverhältnisse.

Es sei deshalb wichtig, die Potenziale des Tourismus noch besser auszuschöpfen und die positiven Effekte zu stärken. Dazu solle die Bundesregierung vor allem tourismusrelevante Vorhaben auf Bundesebene und in Abstimmung mit den Ländern noch besser koordinieren und über tourismusrelevante öffentliche Förderinstrumente informieren sowie Förderverfahren vereinfachen und bürokratische Belastungen abbauen. Darüber hinaus sei es wichtig, mehr Jugendliche für die Berufe des Tourismus zu interessieren und die Fachkräfteproblematik im Gastronomiegewerbe anzugehen, beispielsweise könne sich die Fraktion dort eine gewisse Flexibilisierung der Arbeitszeiten vorstellen.

Der Antrag der Fraktion BÜNDNI90/DIE GRÜNEN sei abzulehnen, da viele Punkte wie etwa die Förderung von Konzepten von Tourismusregionen nicht in der Zuständigkeit des Bundes lägen. Außerdem sei die Forderung nach einer bundesweiten Mobilitätsgarantie nicht erfüllbar. Darüber hinaus werde die Bundesregierung in dem Antrag aufgefordert, nachhaltige Tourismusangebote durch Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken zu fördern und einen ermäßigten Mehrwertsteuersatz für Bahnfahrkarten einzuführen. Dieser letzte Punkt sei erledigt im Rahmen der Klimastrategie der Bundesregierung.

Die Fraktion der SPD machte deutlich, dass in dem Koalitionsantrag viele Punkte und Forderungen formuliert seien, die bereits in ihrem Positionspapier zur nationalen Tourismusstrategie enthalten seien.

Das Klimapaket, das die große Koalition auf den Weg bringe, werde viele Punkte beinhalten, die auch den Tourismus und die Tourismuswirtschaft betreffen. Zu denken sei dabei an den Mobilitätsbereich, z.B. an die Investitionen in die Bahn. Auch die Verteuerung der Inlandsflüge sei ein richtiger Weg. Es müsse jedoch klar sein, dass Tourismus nicht klimaneutral ablaufen könne. Dennoch sollten die Rahmenbedingungen für den Tourismus so gestalten werden, dass er möglichst sozial, ökologisch und ökonomisch nachhaltig sei.

Der Fraktion der SPD sei es sehr wichtig, dass auch in den Bereichen Fachkräfte, Arbeitsbedingungen und Ausbildung gute Ausgangsbedingungen geschaffen werden, denn hier sei noch Einiges zu tun. Wichtig wäre hier eine Stärkung der Tarifbindung in der Branche. Das Arbeitsministerium arbeite daran, die Tarifbindung insgesamt weiter zu stärken.

Einige Forderungen im Koalitionsantrag seien bereits in der Umsetzung, z.B. der Bürokratieabbau durch das Bürokratieabbaugesetz III und die damit verbundene Digitalisierung des Hotelmeldescheins, das sich auf dem Weg befinde.

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sei sehr ambitioniert, enthalte aber einige unrealistische Forderungen. Die Forderung der Reaktivierung von 2.000 km stillgelegter Bahnstrecken oder die Einführung eines europaweiten Fahrkartensystems seien so nicht umsetzbar. Die SPD werde dem Antrag nicht zustimmen, dennoch sollte gemeinsam weiter an diesem Thema gearbeitet werden.

Die Fraktion der AfD lobte die nun endlich erfolgte Digitalisierung des Hotelmeldescheins. Die AfD habe einen entsprechenden Antrag eingebracht und sei sehr erfreut, dass die Koalition dies umgesetzt habe. Der Hotelmeldeschein sei gut, aber er ersetze keine nationale Tourismusstrategie, sondern sei ein positives Einzelprojekt.

Die bisher vorgelegten Eckpunkte zur nationalen Tourismusstrategie reichten nicht, da sie zu wenig konkret seien. Dies sei vermutlich der Grund, weshalb die Koalitionsfraktionen einen Antrag mit 46 Forderungen an die eigene Regierung gerichtet hätten. Die AfD begrüße grundsätzlich den Koalitionsantrag, er enthalte Forderungen, die in die richtige Richtung gingen und einige richtige Analysen. Leider mangele es an der Umsetzung.

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spreche ebenfalls Themen an, die die AfD begrüße. Es sei richtig, dass die Regierung an den Breitbandausbau oder die Digitalisierung erinnert werden müsse, dennoch gingen diese Forderungen an einigen Punkten zu weit. Ob es einen Rechtsanspruch auf schnelles Breitbandinternet gebe, sei fraglich. Viele Themen seien angesprochen in dem Antrag, aber auch zu wenig konkretisiert. Sofern Punkte konkret formuliert seien, beispielsweise die Bekämpfung der zu Ferienwohnungen umfunktionierten Quartiere, werde gleichzeitig gesagt, dass auf der anderen Seite die Ideen der Sharing-Economy unterstützt werden sollten, was sich widerspreche. Die AfD werde beide Anträge ablehnen.

Die Fraktion der FDP lobte die Initiative der Bundesregierung zur Einführung eines digitalen Meldescheins. Die FDP habe auch einen entsprechenden Antrag eingebracht. Entscheidend sei bei der Umsetzung, dass der Prozess

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

möglichst einfach gestaltet werde. Dies wäre ein einfacher digitaler Prozess, der zum Bürokratieabbau beitragen würde.

Die FDP kritisierte die geplante nationale Tourismusstrategie, da diese überfrachtet sei. Es sei keine klare Richtung zu erkennen. Sie plädierte dafür, sich den drei großen Herausforderungen auf Bundesebene, mit den sich die Branche konfrontiert sehe, zu stellen. Das seien auf jeden Fall die Themen Fachkräfte, Digitalisierung und Bürokratieabbau. Die bisherigen Überlegungen zur Strategie seien zu breit gefächert, so dass sich auch die Frage stelle, wann dies in den nächsten zwei Jahren noch umgesetzt werden solle.

Ferner sei die Frage, wenn mehr Mobilität in Deutschland erreicht werden solle und Fliegen teurer werde, mit welchen Maßnahmen solle das kompensiert werden? Der Zustand der Bahn sei bekannt und es sei ein längerer Prozess, die Bahn auf eine vernünftige Basis zu stellen. Die Bundesregierung habe auf eine Kleine Anfrage mitgeteilt, sie habe keine Erkenntnisse, dass eine Erhöhung der Luftverkehrssteuer dazu führe, dass mehr Leute Bahn fahren würden. Beide Anträge würden abgelehnt.

Die Fraktion DIE LINKE. betonte, dass schon sehr lange über die nationale Tourismusstrategie diskutiert werde. Die Bundesregierung habe Eckpunkte vorgelegt, die allein die Bedürfnisse der Tourismuswirtschaft berücksichtigen, also Wettbewerbsfähigkeit, Profitmaximierung und Fachkräftemangel. Es gehe allein um das Wirtschaftswachstum, Ökologie und Soziales spielten keine Rolle. Die Begriffe Barrierefrei, Qualitätstourismus, Klimaverträglichkeit oder Stärkung ländlicher Räume seien zwar genannt, aber wenig konkretisiert.

In dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 19/7120, der bereits in einer früheren Sitzung abschließend beraten worden sei, sei deutlich formuliert, dass für Kinder- und Jugendreisen mehr Unterstützung gebraucht werde. Es werden einheitliche Kriterien für Schulfahrten benötigt sowie ein Umsetzungsplan für Kinder aus einkommensschwachen Familien.

Mit Blick auf den Fachkräftemangel werde die Tarifbindung wichtig. Das einfachste sei die Erhöhung des Mindestlohns.

Der Antrag der CDU/CSU-Fraktion und der SPD-Fraktion sei eine Ansammlung von verschiedenen kleinen und größeren Vorhaben, allerdings noch mit Prüfvorschlägen versehen. Die Vorhaben seien unkonkret und es fehlten Umsetzungsanträge. Dem Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werde zugestimmt, da es wichtig sei, dass die Rahmenbedingungen für die in der Branche Beschäftigten und für die Umwelt klarer gestaltet werden.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN drückte Verwunderung darüber aus, dass die Meldescheinproblematik erst jetzt von der Koalition erledigt worden sei und nicht schon damals, als die Oppositionsparteien entsprechende Anträge eingebracht hätten. Das Gleiche sei passiert beim Thema Mehrwertsteuer auf Bahntickets.

Der Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD sei eine Ansammlung von Unverbindlichkeiten, wobei konkrete Ergebnisse erforderlich seien.

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zeige hingegen Lösungswege zu strukturellen Problemen, mit denen sich die Tourismusbranche auseinandersetzen müsse, wie die Themen Fachkräftemangel, Bürokratieabbau, Digitalisierung und Klimawandel. Die Fraktion habe in ihrem Antrag die Herausforderungen, die vor allem die mittelständisch geprägte Branche habe, benannt und auch Forderungen beschrieben, die einen nachhaltigen Tourismus in Deutschland zukunftsfähig machten. Es werde eine Veränderung in der Förderpolitik, verbunden mit einem besseren Zugang zu Fördermitteln benötigt. Ferner gehe es um sanfte Tourismuskonzepte, wenn es um die Weiterentwicklung des Tourismusstandorts Deutschlands gehe. Es werde auch ein sozialverträglicher Tourismus, bei dem auch die Menschen vor Ort eingebunden werden, benötigt.

Die Reaktivierung von Bahnstrecken sei die beste Form von Elektromobilität. Die Frage der Erreichbarkeit der Destinationen sei eine der entscheidenden Fragen der nächsten 20 bis 30 Jahre. Deswegen sei die Reaktivierung von Bahnstrecken nicht nur klimapolitisch geboten, sie sei auch verkehrspolitisch geboten. Das nutze dem Tourismus und insbesondere den Tourismusdestinationen.

Das Thema Verbraucherschutz müsse großgeschrieben werden. Die Pleite von Thomas Cook zeige das deutlich. Insofern enthalte der Antrag auch Vorschläge zum Thema Verbraucherschutz.

Eine Tourismusstrategie müsse daher ökonomische, ökologische und soziale Aspekte miteinander verbinden, nur dann sei Tourismuspolitik oder auch Tourismuswirtschaft zukunftsfähig.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Berlin, den 25. September 2019

Paul Lehrieder Berichterstatter	**Gabriele Hiller-Ohm** Berichterstatterin	**Dr. Marcel Klinge** Berichterstatter
Sabine Zimmermann (Zwickau) Berichterstatterin	**Sebastian Münzenmaier** Berichterstatter	**Markus Tressel** Berichterstatter

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.